

Landkreis

FREITAG, 18. MAI 2012

Der letzte Wille gilt immer noch

Oberhaching setzt die Planung zur Sanierung der Aussegnungshalle fort – relativ unbeeinträchtigt von der Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren.

VON BIRGIT DAVIES

Oberhaching – In einer kontroversen Debatte hat sich der Bauausschuss neuerlich mit der Aussegnungshalle auseinandergesetzt. Nachdem sich der Gemeinderat mit großer Mehrheit für die Sanierung des bestehenden Gebäudes ausgesprochen hatte (*wir berichteten*), sollte der Fachausschuss nun den Planungsauftrag vergeben. Dies geschah erst nach lebhafter Aussprache. Mit einem Votum von 7:2 vergab das Gremium schließlich den Planungsauftrag zur Genehmigungsplanung an das Architekturbüro SPP.

Keine Vertagung

Dem Vorstoß von Alfred Fischer (FB), die Entscheidung zu vertagen, erteilte der Ausschuss mehrheitlich (8:1) eine Absage. Fischer hatte argumentiert, das angestrebte Bürgerbegehren abzuwarten,

da andernfalls „Gelder verschleudert würden“. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens fordern mit Unterstützung der Freien-Bürger-Fraktion einen Neubau der Halle. Bürgermeister Stefan Schelle (CSU) hielt dagegen, das bislang nur eine Unterschriftensammlung existiere, jedoch kein Bürgerbegehren. „Es handelt sich erst um ein Bürgerbegehren, wenn die notwendige Zahl an Unterschriften vorliegt“, betonte er.

Kein Freibier

Solange dies nicht der Fall sei, müsse der Ausschuss nach Vorgabe des Gemeinderates das Projekt weiterführen. Nach seinen Worten nützt eine Unterschriftensammlung allein nichts, da sonst jedes Projekt bereits mit zehn Unterschriften gekippt werden könnte. „Ein Bürgerbegehren ist ein wichtiges basisdemokratisches Element, das wir hoch achten, aber muss es erst zustande kommen“, sagte Schelle. Für Josef Ertl (CSU) verhält sich „die Bürgerinitiative undemokratisch“, da sie unlängst damit warb, dass die ersten 40 Unterzeichner Freibier erhalten.

Max Artmann (Grüne) betonte, dass nach seinem Dafürhalten die Bürger bei der

Unterschriftenaktion „absichtlich falsch informiert“ werden. Dem stimmte auch CSU-Gemeinderat Ertl zu, der meinte, dass die realen Kosten für einen Neubau nicht preisgegeben werden.

Für die Erweiterung und Sanierung der Aussegnungshalle sind rund 600 000 Euro veranschlagt. Für dieses Geld könne laut Neubau-Befürworter Fischer ein „erweiterter Rohbau“ mit Wänden, Dach und Boden erstellt werden. Dem hielt Rathauschef Schelle entgegen, dass in diesem Fall nur ein blanker Betonfußboden vorhanden wäre. Eine Heizung, die Kühlung in den Aufbahrungsräumen und die Toiletten würden fehlen, ebenso die gesamte Inneneinrichtung und Büroräume. Diese Posten würden bei einem Neubau noch hinzukommen.

Kein Geld

Die dadurch entstehenden Baukosten könnten derart ins Haushaltsrecht eingreifen, dass sich der Gemeinderat aus finanziellen Gründen gegen einen Neubau aussprechen könnte – selbst wenn der Bürgerentscheid positiv für einen Neubau ausfällt.

Christian Peter vom Architektenbüro SPP erklärte, dass der Raum durch die Erweiterung in die Tiefe wesentlich heller werde. Zudem verdoppelt sich die Zahl der Plätze. Schelle erklärte, dass es sich bei dem Architekten der Aussegnungshalle um den renommierten Kirchenbauer Hansjakob Lill handelte, der in Bayern in den 1950er Jahren zahlreiche kirchliche Gebäude errichtet hat.

Ausschuss lehnt Anbau ab

Die Aussegnungshalle wird keinen Seitenanbau erhalten. Diese Erweiterungsidee, die Karl-Heinz Kirsch (WGO) eingebracht hatte, hat der Bauausschuss mit 7:2-Stimmen abgelehnt. Planer Christian Peter erläuterte, dass ein Anbau das Foyer zerstören würde. Weil im Zuge einer solchen Maßnahme drei Wände abgerissen werden müssten, würde dieser Plan einen immensen finanziellen Aufwand bedeuten. Dann wäre die Sanierung so teuer wie ein Neubau. dv